

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS/Linke Liste

**zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Andrea Lederer,
Dr. Ruth Fuchs, Dr. Hans Modrow und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksachen 12/2972, 12/4265 —**

Zur Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert,
 - 1.1 unverzüglich alle Planungen und Vorbereitungen für militärische Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland einzustellen und auf die Bereitstellung eigener Streitkräftekontingente im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen, der KSZE oder von Bündnissen wie der NATO und der WEU zu verzichten;
 - 1.2 die Verpflichtung zu übernehmen, ausschließlich mit zivilen Maßnahmen zur Beseitigung von Konfliktursachen und zur Verringerung der Ungleichheit in der Welt beizutragen und dafür ihr bedeutendes ökonomisches, politisches, wissenschaftlich-technisches Potential einzusetzen;
 - 1.3 sämtliche Pläne zur Rüstungsbeschaffung, die vor Auflösung des Warschauer Vertrages und der Sowjetunion gefaßt wurden, zu stoppen und gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag eine öffentliche Überprüfung der verbleibenden Programme mit dem Ziel vorzunehmen, angriffsunfähige Strukturen der Bundeswehr herzustellen;
 - 1.4 Initiativen zu unternehmen, um weitere völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zur Abrüstung, insbesondere offensivfähiger Waffen, sowie zu strukturellen Rüstungskontrollmaßnahmen mit dem Ziel der defensiven Ausrichtung der Streitkräfte anzuregen, und im Rahmen des KSZE-Sicherheitsforums in Wien für eine Vereinbarung zur Herstellung angriffsunfähiger Streitkräftestrukturen für die Armeen aller KSZE-Teilnehmerstaaten einzutreten;

- 1.5 den Entwurf eines Konversionsgesetzes vorzulegen, in dem die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme des Rüstungsabbaus berücksichtigt werden;
 - 1.6 in der NATO für eine Änderung der nuklearen Einsatzstrategie mit dem Ziel einzutreten, das Prinzip der Erstanwendung von Kernwaffen abzuschaffen, und dies mit der Forderung nach Abzug aller luftgestützten Kernwaffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland zu verbinden;
 - 1.7 die Verpflichtung für die Bundesrepublik Deutschland zu bekräftigen, niemals und unter keinen Umständen Kernwaffen zu produzieren, zu erwerben und zu stationieren, wobei dieser Verzicht jegliche Teilhabe an einer multilateralen oder bilateralen Verfügung über Kernwaffen einschließt;
 - 1.8 mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 1995 und zur Stärkung des Regimes der Nichtweiterverbreitung beizutragen;
 - 1.9 ein allgemeines Exportverbot für Rüstungen und Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland zu verfügen und sich für ein solches Verbot innerhalb der EG einzusetzen;
 - 1.10 durch Sonderzuwendungen aus dem Verteidigungshaushalt die nationale wie internationale Friedensforschung zu fördern, verstärkt Mittel für den wirksamen Ausbau des KSZE-Konfliktverhütungszentrums zur Verfügung zu stellen und eine eigene Friedensdienstorganisation aufzubauen, die deutsche Hilfslieferungen und Katastropheneinsätze unabhängig von der Infrastruktur der Bundeswehr ausführen kann;
 - 1.11 den Deutschen Bundestag über die eingeleiteten Maßnahmen und Schritte bis 30. Juni 1993 zu unterrichten.
2. Der Deutsche Bundestag strebt an, den uneingeschränkten Kernwaffenverzicht und das allgemeine Exportverbot für Rüstungen und Waffen zum Verfassungsgrundsatz zu erheben.

Bonn, den 20. April 1993

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Das Ende des Kalten Krieges schien Kooperation statt Konfrontation, Abrüstung und Entspannung statt fortlaufendes Wettrüsten vorzuzeichnen. Diese Hoffnung trog. Es kamen zwar Abrüstungsverträge auf nuklearem und konventionellem Gebiet sowie das Verbot der chemischen Waffen zustande; sie waren jedoch nicht in erster Linie das Ergebnis zwischen gleichgewichtigen Verhandlungspartnern, sondern des Niedergangs und des Zerfalls der östlichen Supermacht und des von ihr geführten Bündnis-systems. Heute ist sogar Krieg wieder nach Europa zurückgekehrt. Es ist zwar ein nicht zu unterschätzender Anfang bei der

Reduzierung von Rüstungen gemacht, er droht jedoch, im Keim zu ersticken.

Wir sind zugleich Zeugen des Versuchs, eine Weltordnung zu errichten, die letztlich auf der Hegemonie der USA und der Bundesrepublik Deutschland als „partners in leadership“ beruhen soll. Sie wollen regionale Konflikte einseitig, im wesentlichen mit militärischen Mitteln lösen. Daran beteiligen sich auch einige andere westliche Staaten und Rußland. Die Bundesregierung nutzt diese Gelegenheit, um unter dem Deckmantel einer angeblich neuen Rolle Deutschlands endlich jegliches Fünkchen an militärischer Selbstbeschränkung und Mäßigung abzustreifen, das nach dem Anschluß der DDR noch verblieben ist, und mit Bundeswehrsoldaten überall in der Welt intervenieren zu können. Das hat nichts damit zu tun, etwa der Bundesregierung Absichten für einen Angriffskrieg zu unterstellen, sondern verweist auf die Konsequenzen, über den Auftrag zur Verteidigung hinauszugehen und militärische Intervention zum Mittel der Politik zu machen. Die Bundesregierung hat sich überdies im „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ (2+4-Vertrag) ausdrücklich dazu verpflichtet, daß „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ (Artikel 2).

Zur gleichen Zeit wird die Weltwirtschaftskrise immer akuter, vertieft sich die Kluft zwischen Nord und Süd, West und Ost. Die Verschlechterung der Umweltsituation nimmt dramatische Ausmaße an. Hunger und Armut werden durch die sinnlosen und überdimensionierte Rüstung noch verstärkt. Es flammen mehr und mehr regionale Konflikte auf.

Es ist ein Irrtum, daß man in der heutigen grundlegend veränderten Weltlage diese neuen Bedrohungen und Risiken dauerhaft mit militärischen Mitteln lösen kann. Krieg, auch unter der Tarnkappe einer „humanitären Intervention“ bedeutet Fortsetzung der Politik mit falschen Mitteln. Es braucht eine neue internationale Politik, in deren Mittelpunkt radikale Abrüstung, nicht nur Rüstungskontrolle steht.

Ein besonderer Schwerpunkt muß die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Kernwaffen, sein. Auch hier geht die NATO, angeführt von den USA und unterstützt von der Bundesrepublik Deutschland, einen verhängnisvollen Weg; mit einer hochmobilen Raketenabwehr glaubt man, vor Proliferation abschrecken zu können.

Das Gegenteil wird der Fall sein; es wäre weitblickender und vor allem billiger, wenn die am höchsten gerüsteten Mächte, darunter insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, mit gutem Beispiel vorangehen würden. Eine „Abrüstung unter dem Bombenteppich“, wie im Falle des Irak ohne Rücksicht auf zivile und militärische Opfer praktiziert, wird sich nicht endlos fortsetzen lassen. Sie hat keines der Probleme gelöst, eher aber verschärft.

Weder politisch noch militärisch ist sinnvoll zu begründen, weshalb die NATO auch nach 1995 mehr als 2,5 Mio. Soldaten unterhalten will und in der Rüstung ein Modernisierungsschub nach dem anderen folgen soll.

Militärischer Zwang bringt keine dauerhafte Konfliktlösung, schürt aber Völkerhaß und forciert kostspielige militärische Modernisierungen. Wenn sich aber die westlichen Industriestaaten – und die Bundesrepublik Deutschland ist dabei keine Ausnahme – ausschließlich und immer noch auf militärische Sicherheitsvorkehrungen konzentrieren, sehen auch sie nur im fatalen Griff zum Militär einen Ausweg. Rüstung und Unterentwicklung sind aber aufs engste miteinander verknüpft.

Deshalb muß die Bekämpfung der Konfliktursachen in der internationalen Politik Priorität erhalten; nur auf dieser Grundlage ist eine vorausschauende und tragfähige Konfliktlösungsstrategie möglich und wirkungsvoll. Auch in der deutschen Außenpolitik klaffen jedoch Erklärung und Wirklichkeit weit auseinander. Geradezu makaber wird es, wenn in den verteidigungspolitischen Richtlinien, die der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, am Parlament und am Grundgesetz vorbei erlassen hat, der Bundeswehr als Auftrag die „Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung“ zugewiesen wird. 50 Mrd. DM Verteidigungshaushalt, der ab 1995 auf 48 Mrd. DM festgeschrieben werden soll, sprechen außerdem für sich.

Abrüstung und Entmilitarisierung sind und bleiben Kernfragen der internationalen Entwicklung, aber unter den heutigen Bedingungen für sich genommen sind sie nicht mehr die alleinige Alternative zu Abschreckung und Abrüstung. Der einzige, einigermaßen sichere, wenn auch höchst mühsame und nur langfristig wirksame Weg aus diesem Sicherheitsdilemma führt, begünstigt durch radikale Abrüstung, über den Aufbau beständiger Kooperationsbeziehungen einschließlich der dafür notwendigen internationalen Strukturen. In der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland müssen sie deshalb endlich einen zentralen Platz einnehmen.